



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
auf die Fragen der Jagdzeitschrift „Wild und Hund“ zur
Bundestagswahl 2009**

1. Wie würden Sie Jagd und Jäger unterstützen?

Antwort

Die CDU steht ohne Wenn und Aber zur waid- und tiergerecht ausgeübten Jagd. Sie ist zur Regulierung der Wildbestände sowie zur Erhaltung und Verjüngung des Waldes unverzichtbar. Damit ist sie gelebter Naturschutz. Die CDU wird Jagd und Jäger auch in Zukunft gegen ungerechtfertigte Anfeindungen verteidigen. Wir stehen in allen jagdrelevanten Anliegen als fairer Partner zur Verfügung und berücksichtigen die berechtigten Interessen der Jäger bei Rechtsetzungen, die die Jagd direkt und indirekt betreffen.

2. Wie werden sie Deutschlands Jäger unterstützen, damit sie ihrem Auftrag der IUCN (Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen) zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen zugunsten der Erhaltung der Biodiversität nachkommen können?

Antwort

Die Forderungen des IUCN werden mit der bestehenden Jagdordnung in Deutschland, deren Grundprinzip die nachhaltige Nutzung ist, bereits vorbildlich umgesetzt. Jäger sind durch sie verpflichtet, das Wild und die Natur zu hegen und zu pflegen. Mit dem Erhalt der bestehenden Jagdordnung unterstützen wir die Jäger, die Natur und einen an die landschaftlich und landeskulturellen Verhältnisse angepassten artenreichen und gesunden Wild- und Artenbestand zu erhalten.

Die CDU erkennt die Jagdvereinigungen als Naturschutzverbände an und stärkt sie so in ihrem Auftrag des Naturschutzes durch nachhaltige Nutzung. Wir werden in dieser Frage auch künftig eine klare Position einnehmen.

Unser Naturschutzkonzept setzt an erster Stelle auf Freiwilligkeit, Partnerschaft und Vertragsnaturschutz. Dabei unterstützen wir die Kooperation zwischen Jägern und Naturschützern. Die Jäger erbringen im Rahmen der Biotoppflege vielfältige Leistungen, wie etwa die Anlage von Feuchtbiotopen, Feldholzinseln oder Hecken als Unterschlupf für Kleinvögel und Bodenbrüter. Diesen Leistungen der Jäger für den freiwilligen Naturschutz zollen wir Anerkennung und unterstützen sie.

3. Wie wird sich ihre Partei in der Diskussion der Bejagung wandernder Arten (zum Beispiel Gänse) verhalten?

Antwort

Bei ziehenden Arten, wie z. B. Wildgänsen, ist ein aktives Management gefordert, das den Interessen der Landwirtschaft und des Naturschutzes gleichermaßen gerecht wird. Wir wollen ein intensives Monitoring, das das Ausweisen von Ruhezeiten und die Anlage von Ablenkungsflächen ebenso einbezieht wie eine jagdliche Nutzung. Störungen von Brutgebieten sowie Rast- und Schlafgewässern, sei es durch Jagd oder sportliche Aktivitäten, gilt es zu vermeiden. Die Bejagung sollte vor allem auf landwirtschaftliche Schadgebiete, in denen insbesondere die Gänse erhebliche Fraßschäden anrichten, konzentriert werden.

4. Sieht ihre Partei irgendeine Veranlassung, die Liste der jagdbaren Arten zu verändern? Wenn ja, was würde ihre Partei verändern wollen?

Antwort

Wir sind gegen eine Kürzung der Liste der jagdbaren Tierarten. Selbstverständlich müssen Tierarten, die in ihrem Bestand bedroht sind, ganzjährig geschont werden. Die Herausnahme dieser Arten aus dem Katalog der jagdbaren Tierarten hätte aber auch den Verlust der sich aus dem Jagdrecht ergebenden Hegepflicht zur Folge. Das wäre gerade im Hinblick auf den Schutz und die Erhaltung dieser Tierarten ein Rückschritt.

5. Hält ihre Partei eine Novellierung der Jagdgesetze für notwendig? Welche Punkte sollten Ihrer Meinung nach geändert werden?

Antwort

Die CDU setzt sich uneingeschränkt für den Erhalt des bewährten Jagdsystems ein. Die zentralen Elemente des deutschen Jagdrechts - Reviersystem und jagdliche Selbstverwaltung in den Jagdgenossenschaften - sind international als vorbildlich anerkannt. Der Deutsche Jagdschein als „grünes Abitur“ stellt ein hohes Maß an Kenntnissen der Natur, des Artenschutzes, der Lebensmittelhygiene und des verantwortlichen Umgangs mit der Waffe sicher.

Das Bundesjagdgesetz haben wir auch bei der Föderalismusreform grundsätzlich erhalten. Hier bleiben bundeseinheitliche Standards gewährleistet, auch wenn die Länder im Sinne der Subsidiarität kraft Orts- und Sachnähe erweiterte Kompetenzen erhalten haben und für regional passgenaue Lösungen vom Bundesrecht teilweise abweichen können. Wir werden

weiterhin dafür Sorge tragen, dass es in Deutschland nicht zu einer Rechtszersplitterung kommt.

6. Unterstützt Ihre Partei die Unabhängigkeit von Jagd- und Naturschutzrecht?

Antwort

Die CDU will die Jagd dauerhaft als eigenständigen Rechtskreis ohne Kompetenzverluste erhalten. Bei der gerade vollzogenen Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes haben wir dafür gesorgt, dass das Jagdrecht unabhängig und auf Augenhöhe mit dem Naturschutz bleibt. Damit haben wir eine Aushebelung des Jagdrechts durch die Hintertür verhindert.

7. Sind sie mit dem jetzigen Waffenrecht einverstanden? Wenn nein, weshalb nicht?

Antwort

Die CDU weiß, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Jäger sehr verantwortungsvoll mit ihren Waffen umgeht. Wir werden daher weiterhin dafür eintreten, dass sie nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden und dass der berechtigte Waffenbesitz weiterhin anerkannt bleibt.

Ebenso wichtig bleibt es, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und die Akzeptanz für den privaten Waffenbesitz dauerhaft zu erhalten. Die CDU wird daher auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Sicherheitsbedürfnis von Bürgerinnen und Bürgern und den Interessen von Jägern achten.

Schon in den letzten Jahren haben wir hier einen besonnenen Kurs gesteuert. Zuletzt haben wir durch die Erschwerung des Zugangs Unbefugter zu Schusswaffen sowie durch verbesserte Kontrollmöglichkeiten einen weiteren Sicherheitsgewinn - bei gleichzeitiger Wahrung der Verhältnismäßigkeit - geschaffen. Pauschalen Verbotsforderungen haben wir dagegen stets eine klare Absage erteilt.

Praxistauglich und mit Augenmaß - so wie in den vergangenen Jahren werden wir auch künftig im intensiven Austausch mit den Repräsentanten der Jäger unsere Politik gestalten. Deutschland verfügt über eines der strengsten Waffengesetze weltweit. Eine weitere Verschärfung halten wir nicht für erforderlich.

8. Wie steht Ihre Partei zu einer Begrenzung von Waffen in Privathaushalten?

Antwort

Die Zahl der Waffen ist nicht entscheidend, sondern ihre ordnungsgemäße Lagerung. Mit den Anpassungen des Waffengesetzes sind alle notwendigen rechtlichen Schritte unternommen. Wir streben keine weitere Änderung in der kommenden Legislaturperiode an.

9. Weshalb hat ihre Partei bei Verschärfung des Waffenrechts nicht die Aufweichung des Artikels 13 des Grundgesetzes verhindert?**Antwort**

Für die sichere Aufbewahrung zu Hause müssen die Waffenbesitzer Sorge tragen. Mit den Anpassungen im Waffenrecht ist der Waffenbehörde die Möglichkeit eingeräumt worden, auch verdachtsunabhängig das Vorhandensein etwa von Waffenschränken kontrollieren zu können. Es bleibt aber klargestellt, dass Wohnräume gegen den Willen des Waffenbesitzers nach wie vor nur zur Verhütung dringender Gefahren betreten werden dürfen. Die Nachschau bezieht sich auch nur auf diejenigen Räume, in denen die Aufbewahrung stattfindet. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung aus Art. 13 Grundgesetz ist damit weiterhin geschützt.

10. Wie steht ihre Partei dazu, bleifreie Munition gesetzlich vorzuschreiben, nachdem bekannt wurde, dass die Bleiaufnahme mit dem Verzehr von Wildbret keine Gesundheitsgefährdung darstellt?**Antwort**

Es gibt Hinweise, dass Bleischrot negative Auswirkungen auf Wasserwild und indirekt Schäden bei den Beutegreifern des Wasserwildes bewirkt. Um Vergiftungen durch Bleimunition zu verhindern, verbietet die überwiegende Zahl der Länder schon jetzt Bleischrot bei der Jagd auf Wasserwild. Das ist wichtig und richtig.

Auch der Verwendung von bleifreier Büchsenmunition als weiteren Schritt stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Dabei müssen aber Umwelt-, Tötungs- und Abprallwirkung sorgfältig untersucht sein. Gefahren für Schützen und Dritte sind nicht akzeptabel. Deshalb begrüßen wir, dass das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein Forschungsvorhaben initiiert hat, in dem die noch offenen Fragen beantwortet werden sollen.

11. Wie steht ihre Partei dazu, für Jäger ein jährliches Pflichtschießen einzuführen?

Antwort

Die ethisch und gesetzlich verankerten Grundsätze des Tierschutzes und der Waidgerechtigkeit fordern von jedem Jäger, das Wild so zu erlegen, dass ihm vermeidbare Schmerzen und Leiden erspart bleiben. Dies sowie jeder nachhaltige Jagderfolg setzen einen sicheren Umgang mit Jagdwaffen und Routine beim jagdlichen Schießen voraus. Somit sind die Jäger auch nach bestandener Jägerprüfung bereits im ureigensten Interesse gehalten, ihre Schießfertigkeiten regelmäßig zu überprüfen. Wir setzen hier zunächst auf das Verantwortungsbewusstsein der Jäger und begrüßen insbesondere das Engagement der Jagdverbände zur Förderung des jagdlichen Schießens.

12. Wie steht ihre Partei zur Jagd in Naturschutzgebieten?

Antwort

Die Jagd in Naturschutzgebieten muss an dem jeweiligen Schutzzweck ausgerichtet werden. Dies kann zum Teil zu Jagdauflagen und Einschränkungen führen. Ein grundsätzliches Verbot der Jagd in geschützten Landschaftsbestandteilen und Naturschutzgebieten ist aber nicht sinnvoll, denn eine nachhaltige jagdliche Nutzung wirkt sich positiv auf die Bewahrung der Natur aus, verhindert die Überhöhung der Wildbestände und sichert insbesondere im Ökosystem Wald das Gleichgewicht.

13. Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass die Jagd an Grundeigentum geknüpft bleibt?

Antwort

In Deutschland ist das Jagdrecht seit über 160 Jahren (seit 1848) ein an Grund und Boden gebundenes Eigentumsrecht. Dabei wird es mit der CDU bleiben.